STADT | TORNESCH

Niederschrift

Gremium:	Bau- und Planungsausschuss		
Sitzungsnummer:	**BA 07/03**	**Sitzungsdatum:**	**05.02.2007**
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr	Sitzungsende:	22:10 Uhr
Sitzungsraum:	Sitzungssaal im Rathaus Tornesch, Wittstocker Str. 7,		

Teilnehmerliste:

Herr Hatje, Arnold	Ausschussvorsitzender	
Herr Früchtenicht, Klaus	Ausschussmitglied	
Herr Hippke, Thomas	Ausschussmitglied	
Herr König, Rolf	Ausschussmitglied	
Frau Plambeck, Heide-Marie	Ausschussmitglied	
Herr Quast, Andreas	Ausschussmitglied	
Herr Rahn, Helmut	Ausschussmitglied	
Herr Reetz, Joachim	Ausschussmitglied	
Herr mag.jur. Schley, Sebastian	bürgerl. Ausschussmitglied	
Herr Thormählen, Peter	bürgerl. Ausschussmitglied	
Herr Krügel, Roland	Bürgermeister	
Herr Borchert, Peter	Verwaltungsmitarbeiter	
Frau Köhn, Sylvia	Verwaltungsmitarbeiterin	
Herr Oppermann, Claudius	Verwaltungsmitarbeiter	
Frau Haase, Steffi	Protokollführerin	
Frau Clauß, Christiane	Gast	Gast
Frau Eßler, Ursula	Gast	
Frau Schloß, Gicela		Gast
Herr Schopnie, Heinrich		Seniorenbeirat

Tagesordnung:

TOP	Betreff	Vorlage
Öffentlicher Teil		
1	Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigeit	
2	Einwohnerinnen- und Einwohnerragestunde	
3	Bericht der Verwaltung	**VO/07/060**
4	Anfragen von Ausschussmitgliedern	
5	Erneuerung der Wilhelm- und Heimstättenstraße - 2. Bauabschnitt Pfahlweg - Norderstraße-	**VO/07/006**
6	Erweiterung der öffentlichen Straßenbeleuchtung Prüfung der Bedürftigkeit für die Erweiterung	**VO/07/008**
7	B-Plan 67, 1. Änderung "Klaus-Groth-Straße" - Abwägung zur eingeschränkten Auslegung, Satzungsbeschluss -	**VO/07/010**

8	Außenbereichssatzung "Prisdorfer Weg" -Aufstellungsbeschluss, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss-	**VO/06/087**
Nicht-öffentlicher Teil		
9	Bauanträge	

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigeit

Der Vorsitzende, Herr Hatje, eröffnet um 19.30 Uhr die 32. Sitzung des Bau- und Planungsausschusses und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest sowie die form- und fristgerechte Einladung. Herr Hatje stellt fest, dass Änderungswünsche zur Tagesordnung nicht bestehen.

TOP 2 Einwohnerinnen- und Einwohnerragestunde

Herr Hüllmann möchte wissen, warum die Baukostensumme für die Asphaltdecke (Erneuerung der Wilhelm- und Heimstättenstraße) kontinuierlich von Verwaltungsvorlage zu Verwaltungsvorlage steigt. Herr Borchert stellt fest, dass die Planung schon ein Jahr alt ist und die Preisentwicklung berücksichtigt wurde. Ebenso musste die Erhöhung der Mehrwertsteuer berücksichtigt werden. Herr Borchert bemerkt, dass die genaue Kostenaufstellung in der Anliegerinformationsveranstaltung Anfang März 2007 erläutert wird.

Herr Hilbert fragt an, wann die Abnahme für den 1. Bauabschnitt Erneuerung der Wilhelm- und Heimstättenstraße erfolgt. Herr Borchert teilt mit, dass es noch keinen genauen Termin gibt, er rechnet jedoch mit einem Termin Ende Februar / Anfang März 2007.

Herr Hilbert möchte wissen, ob und wenn ja, in welcher Höhe Zahlungen an die Baufirmen erfolgt sind. Herr Borchert gibt bekannt, dass ca. 400.000 Euro an die Firmen ausgezahlt wurden. Herr Hilbert erklärt, dass der 1. Bauabschnitt nicht den vorgeschriebenen DIN-Normen und den anerkannten Regeln der Technik entspricht. Er bezeichnet die Arbeiten am 1. Bauabschnitt als „rechtswidrige Arbeiten“ und er erklärt, dass er sich rechtliche Schritte vorbehält.

Herr Wilscher fragt an, warum im 2.Bauabschnitt die Wilhelm- und Heimstättenstraße auf 5,50 m verschmälert werden soll. Herr Borchert führt aus, dass es dazu einen Grundsatzbeschluss des Ausschusses gibt. Er stellt fest, dass durch die Verringerung der Straßenbreite ein verkehrsberuhigender Effekt erzielt wird und die Gehweg- und Radwege für die Schulwegsicherung verbreitert werden können.

Herr Wilscher möchte von Herrn Borchert wissen, was er unter verkehrsberuhigendem Effekt versteht. Herr Borchert erklärt, dass je schmaler eine Straße ist, desto langsamer gefahren wird, also ein verkehrsberuhigender Effekt eintritt.

Herr Hilbert erinnert Herrn Krügel daran, dass dieser bekannt geben wollte, wann der Beschluss zu 5,50 m Fahrbahnbreite gefasst wurde. Herr Borchert teilt mit, dass der Beschluss im Januar 2006 im Bau- und Planungsausschuss gefasst wurde.
Herr Sengstock - Martens möchte wissen, ob mit der Wiedereinführung von Tempo 30 gerechnet werden kann. Herr Borchert verneint dies. Er verweist jedoch auf den

erreichten Kompromiss zur Schulwegsicherung. Herr Krügel betont nochmals, dass Tempo 50 dem hohen Verkehrsaufkommen in der Straße geschuldet ist.

Frau Hamminger bittet den Ausschussvorsitzenden zu TOP 5 eine Einwohnerfragestunde durchzuführen. Nach Rücksprache mit den Ausschussmitgliedern sagt Herr Hatje dies zu.

Frau Hilbert fragt an, ob wieder Schrägbordsteine eingebaut werden sollen. Herr Borchert bejaht dies.
Frau Hilbert fragt die Ausschussmitglieder, ob sie sich der Gefahren für Kinder durch Schrägbordsteine bewusst sind. Herr Rahn betont, dass sich der Ausschuss bewusst und nach reichlicher Überlegung für Schrägbordsteine entschieden hat. Er führt aus, dass er mehrmals mit dem Fahrrad Schrägbordsteine befahren hat und dabei keine Probleme aufgetreten sind. Herr Reetz erinnert in diesem Zusammenhang an die Aufsichtspflicht der Erziehungsberechtigten.

TOP 3 Bericht der Verwaltung

Herr Borchert erläutert den schriftlich vorliegenden Bericht der Verwaltung für die Zuhörer/innen.

TOP 4 Anfragen von Ausschussmitgliedern

Herr Früchtenicht bemängelt, dass die Straßenarbeiten im 1. Bauabschnitt Erneuerung der Wilhelm- und Heimstättenstraße „nicht sehr gelungen“ sind. Herr Borchert stellt fest, dass der Asphalt rau sein sollte, damit es einen kurzen Bremsweg gibt. Zur Qualität der Straßenarbeiten bemerkt er, dass eine Abnahme noch nicht stattgefunden hat und es danach durchaus, falls erforderlich, zu Nachbesserungsarbeiten kommen kann. Herr Borchert teilt mit, dass die zur Qualitätsprüfung entnommenen Bohrkerne zu keinen Beanstandungen geführt haben.

BA vom 05.02.07, TOP 4.1

Herr Quast regt die Verwaltung an, bei der noch ausstehenden Abnahme besonders auf die Einmündung zum Pfahlweg zu achten. Er erklärt, dass sich dort bereits Wasser im groben Asphalt gesammelt hat. Die Verwaltung sagt dies zu.

BA vom 05.02.07, TOP 4.2

Herr König regt an, auch die Situation Heimstättenstraße 73 und 75 zu überprüfen. Die Verwaltung sagt dies zu.

BA vom 05.02.07, TOP 4.3

Herr Früchtenicht erkundigt sich, ob die Verwaltung schon eine Liste für die Anmeldung zum Wirtschaftswegeprogramm 2007 erstellt hat. Herr Borchert berichtet, dass bis jetzt kein Programm aufgelegt wurde.

BA vom 05.02.07, TOP 4.4

Herr Früchtenicht möchte wissen, ob die Stadt derzeit über Gewerbegrundstücke für Kleingewerbe verfügt. Herr Krügel stellt fest, dass die Stadt selbst keine Grundstücke anbietet, jedoch die WEP im Gewerbegebiet Oha.

BA vom 05.02.07, TOP 4.5

Herr Früchtenicht und Herr König bemängeln, dass nach dem schweren Bahnunglück vom 23.01.2007 kein Bürger-Informations-Telefon eingerichtet wurde. Herr Krügel betont, dass der Kreis Pinneberg für den Katastrophenschutz zuständig ist. Die Ausschussmitglieder diskutieren das Bahnunglück und deren Auswirkungen. Herr Krügel verweist darauf, dass der Umweltausschuss der zuständige Ausschuss ist und am 07.02.2007 tagt.

BA vom 05.02.07, TOP 4.6

Herr Rahn bemängelt, dass die Beleuchtung im Mittelteil des Tunnels Ahrenloher Straße zu spät einschaltet. Herr Krügel sagt eine Überprüfung und Verbesserung zu.

BA vom 05.02.07, TOP 4.7

TOP 5	**Erneuerung der Wilhelm- und Heimstättenstraße - 2. Bauabschnitt Pfahlweg - Norderstraße-**

Beschluss:

Der Bau- und Planungsausschuss stimmt der vorgestellten Entwurfplanung zu und beauftragt die Verwaltung, auf dieser Grundlage eine Anliegerinformationsveranstaltung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:		
8 Ja-Stimmen	**1 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Herr Quast verlässt für die Beratung zu diesem TOP den Sitzungssaal.

Herr Borchert stellt die Planung vor. Herr Thormählen möchte wissen, ob die Ausschreibung europaweit erfolgt. Herr Borchert teilt mit, dass dies nicht geschehen wird, da die Gesamtsumme unter 5.000.000 Euro liegt.

Herr Rahn erinnert daran, dass die Verwaltung den Auftrag hatte, Möglichkeiten aufzuzeigen, wie es wieder zu einer Tempo 30 Regelung kommen kann. Herr Krügel betont, dass sich die Verwaltung durchaus Gedanken dazu gemacht hat. Leider bedingt das hohe Verkehrsaufkommen (Sammelfunktion) in der Wilhelm- und Heimstättenstraße die Tempo 50 Regelung. Der Verkehr kann sinnvoll nicht auf andere Straßen geleitet werden.

Herr Hatje unterbricht die Beratung von 21.20 Uhr bis 21.25 Uhr für Einwohnerfragen.

Eine Einwohnerin fragt an, ob das Parken auch weiterhin beidseitig möglich sein wird. Herr Krügel bejaht dies. Außerdem möchte sie wissen, wie hoch die Abschlagszahlungen sein werden. Herr Krügel verweist auf die Anliegerinformationsveranstaltung zu diesem Thema.
Eine weitere Anwohnerin bemängelt, dass sie als Fahrradfahrerin regelmäßig an der Einfahrt in den Pastorendamm aufgrund fehlender Fahrbahnmarkierung übersehen wird und es schon mehrmals zu Beinah-Unfällen gekommen ist. Die Verwaltung sagt eine Überprüfung zu.

Herr Hüllmann fragt an, warum es noch eine Untersuchung zum Wiedereinbau von Altmaterial geben soll, wo doch Herr Borchert empfohlen hat, dieses nicht wieder einzubauen und die Untersuchung damit nur unnötig Geld kostet. Herr Borchert

betont, dass erst eine Untersuchung stattfindet und darauf beruhend eine Entscheidung für oder gegen den Wiedereinbau von Altmaterial getroffen wird.

TOP 6	Erweiterung der öffentlichen Straßenbeleuchtung Prüfung der Bedürftigkeit für die Erweiterung

Beschluss:

Der Bau- und Planungsausschuss nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Herr Früchtenicht verlässt für die Beratung zu diesem TOP den Sitzungssaal.

Herr Borchert erläutert die Sitzungsvorlage. Herr Hatje betont, dass er keine Notwendigkeit für die Erweiterung der öffentlichen Straßenbeleuchtung sieht, da keine Einwohner die Erweiterung aktiv gefordert haben. Er schlägt vor, das Thema eventuell bei den kommenden Haushaltsberatungen erneut zu diskutieren.

TOP 7	B-Plan 67, 1. Änderung "Klaus-Groth-Straße" - Abwägung zur eingeschränkten Auslegung, Satzungsbeschluss -

Beschluss:

1. Die zur eingeschränkten Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplans 67, 1. vereinfachte Änderung vorgebrachten Anregungen hat die Stadt mit folgendem Ergebnis geprüft:
nicht berücksichtigt werden die Anregungen von
- Birgit Bortz-Scheele und Valko Scheele, Klaus-Groth-Straße 16
- Petra Wallis und Peter Winckler, Klaus-Groth-Straße 6
- Martina und Wilfried Galler, Klaus-Groth-Straße 22
- Ute und Klaus Lenzing, Klaus-Groth-Straße 8
- Jörg Koch, Klaus-Groth-Straße 20
- Rosemarie Lübeck, Claudiusweg 3a
- Cordula Renate und Ralf Graage, Klaus-Groth-Straße 18
- Daniela und Bernd Böhlke, Claudiusweg 7
- Gerwin Addicks, Klaus-Groth-Straße 10
- Wiebke und Hans-Peter Harlichs, Klaus-Groth-Straße 14
- Dagmar und Rüdiger Quilitsch, Claudiusweg 5a
- Kreis Pinneberg, FD Straßenbau und Verkehrssicherheit

berücksichtigt wird die Anregung von
- Kreis Pinneberg, FD Umwelt

Die Abwägung aus B wird Beschlussbestandteil. Den Einwendern ist das Ergebnis mitzuteilen.

2. Die Ratsversammlung beschließt den Bebauungsplan 67, 1. vereinfachte Änderung „Klaus-Groth-Straße“ als Satzung.

3. Die Begründung wird gebilligt.

4. Der Bürgermeister wird beauftragt, den Bebauungsplan 67, 1.vereinfachte Änderung ortsüblich bekannt zu machen; dabei ist auch anzugeben, wo der Plan mit der Begründung während der Dienststunden eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Herr König verlässt für die Beratung zu diesem TOP den Sitzungssaal.

Herr Oppermann erläutert die Sitzungsvorlage.

TOP 8 Außenbereichssatzung "Prisdorfer Weg" -Aufstellungsbeschluss, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss-

Beschluss:

1. In dem Gebiet beiderseits des Prisdorfer Wegs sowie südlich des Asperhorner Wegs, wie aus dem Plan zu B ersichtlich, wird eine Satzung für den Außenbereich gem. § 35 Abs. 6 BauGB aufgestellt.

2. Der Übersichtsplan zu B mit dem Geltungsbereich wird Beschlussbestandteil.

3. Die Ausarbeitung der Planung erfolgt durch das gemeindliche Bau- und Umweltamt.

4. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen.

5. Der Entwurf der Satzung wird mit der Begründung beschlossen und zur öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB bestimmt. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung soll nicht durchgeführt werden. Die Träger öffentlicher Belange sind von der Auslegung zu benachrichtigen.

Abstimmungsergebnis:		
9 Ja-Stimmen	**0 Nein-Stimmen**	**0 Enthaltungen**

Beratungsverlauf:

Herr Hatje verlässt für die Beratung zu diesem TOP den Sitzungssaal. Herr Früchtenicht übernimmt den Vorsitz.

Herr Oppermann stellt die Planung vor.
Tornesch, den 19.03.2007

Vorsitzende(r) Protokollführer(in)